

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Finanzen**  
**Abteilung Allgemeine Förderung**  
**Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1**

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109



An den  
Präsidenten des Landtages  
von Niederösterreich

F3-A-103/008-2005

Beilagen

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion

Eing.: 15.09.2005

zu Ltg.-**367-1/E-1/4-2004**

~~R- u. V-~~Ausschuss

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug  
Ltg.-367-1/E-1/4-2004

Bearbeiter  
Mag. Kastl

(0 27 42) 9005  
Durchwahl  
13722

Datum  
9. August 2005

Betrifft  
6. NÖ Jugendkongress vom 1. Dezember 2004

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Landtag von Niederösterreich hat in seiner Sitzung am 14. April 2005 den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Cerwenka, Friewald, Mag. Renner und Mag. Wilfing betreffend die Forderungen des NÖ Jugendkongresses vom 1. Dezember 2004 an den Landtag von Niederösterreich zum Beschluss erhoben.

Der Beschluss ersucht die NÖ Landesregierung, die in den Bereich der Landesvollziehung fallenden Forderungen selbst zu prüfen und die in den Bereich der Bundesvollziehung fallenden Forderungen an den Bund zur Prüfung heran zu tragen.

Bezüglich des Bereiches der NÖ Landesvollziehung wird bereits jetzt schon eine Vielzahl der Forderungen des NÖ Jugendkongresses 2004 von den Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung, der TOPZ Jugendinfo NÖ, der NÖ Dorf- und Stadterneuerung und dem NÖ Landesschulrat erfüllt.

Die übrigen Forderungen, die in diesen Bereich fallen, wurden zur Prüfung weiter geleitet:

So wurde die Forderung nach verstärkter sozialer Betreuung durch ausgebildete Fachleute an Schulen an die Abteilung Jugendwohlfahrt des Amtes der NÖ Landesregierung zur Prüfung übermittelt. Die Forderungen nach Regionalen Generationenzentren, nach der Einrichtung von Jugendfonds und nach Förderung der Errichtung und Erhaltung von Jugendzentren wird innerhalb der Abteilung Allgemeine Förderung des Amtes der NÖ Landesregierung (Senioren- und Jugendreferat) geprüft.

Die Forderungen der Jugendlichen, die die Bundesvollziehung betreffen, wurden an die Bundesregierung weitergeleitet, mit der Bitte, sich um eine Lösung der aufgezeigten Probleme und Bedürfnisse zu bemühen.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Mag. Johanna Mikl-Leitner

Landesrätin